

KLARTEXT



Mitwirken. Mitmachen

Eins, zwei oder drei Kreuze – und das war es? Alle vier oder fünf Jahre an die Wahlurne zu einer Abstimmung zu treten, reicht völlig zurecht vielen Menschen nicht dazu aus, unsere Gesellschaft und die Zukunft zu gestalten. Auch die direkt-demokratischen Instrumente wie Bürger- oder Volksentscheid bedeuten – immerhin – nur die Taktfrequenz der Abstimmungen zu erhöhen. Es gibt auf kommunaler Ebene mehr Möglichkeiten, wie Bürgerinnen und Bürger an der weiteren Entwicklung ihrer Stadt mitwirken. So kann sich jeder Mann in Bürgervereinen oder anderen Vereinen engagieren. Auf jeden Fall gilt es, im Gespräch mit der Politik am Ort zu bleiben. Politik und Zukunft zu gestalten, muss aber nicht heißen, am Spielfeldrand zu bleiben. Jedermann kann auf das Spielfeld stürmen und vom Mittelfeld direkt das Tor anpeilen. Haben Sie schon mal an eine Mitgliedschaft in einer demokratischen Partei gedacht? „Niemand!“ lautet vermutlich bei vielen die Antwort. Mitglied in einer demokratischen Partei zu sein, bedeutet an Diskussionsprozessen teilzuhaben, die auf unser Leben Auswirkungen haben. Und daran sollte jeder ein Inter-

esse haben. In Artikel 21 unseres Grundgesetzes steht: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Warum sind Sie nicht dabei? Alle demokratischen Parteien sind so gut wie ihre Mitglieder. Dafür muss eine Partei auch die Breite der Gesellschaft widerspiegeln – mit Männern und Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Lebenserfahrung. Es sind genau diese Männer und Frauen, die politische Programme aufstellen – und zwar mehr als nur Wahlprogramme – und Entscheidungen treffen, welche Personen in Parlamenten und Regierungämtern diese Programme umsetzen. Warum also sind Sie nicht dabei?

Die SPD Treptow-Köpenick hat mehr als 650 Mitglieder. Im Verhältnis zu 257.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Treptow-Köpenick ist da auch noch eine Menge Potenzial. Aus historischen Gründen haben Parteien im Ostteil weniger Mitglieder. Diese Geschichte soll jetzt vorbei sein. Wir haben als SPD Treptow-Köpenick gerade einen Aufschwung erlebt – innerhalb weniger Tage nach der Entscheidung für Martin Schulz als Kanzlerkandidaten entschieden sind 20 Menschen für den Eintritt bei uns. Und es geht weiter. Alle profitieren davon: die Mitglieder, die sich inhaltlich einbringen können und die demokratische Partei, deren Entscheidungen auf eine breitere Basis gestellt werden. Also, vielleicht überlegen Sie doch – wir heißen auch nicht.

Ihr
Oliver Igel



Matthias Schmidt zum Bundestagskandidaten nominiert

Die Wahlkreis-Konferenz der SPD Treptow-Köpenick nominierte ihren Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt im Dezember 2016 mit überwältigender Mehrheit zu Ihrem Kandidaten für die Bundestagswahl 2017. Die SPD-Generalsekretärin Katarina Barley sprach

zu Beginn der Konferenz zu den Treptow-Köpenicker Genossinnen und Genossen und hob die Verdienste von Matthias Schmidt in der laufenden Legislaturperiode hervor.

Matthias Schmidt kann in seiner dreijährigen Arbeit auf Erfolge bei der Beschaf-

fung von Fördergeldern zur Sanierung des Strandbads Rahnsdorf, der Volkshochschule in der Baumschulenweg, der denkmalgerechten Wiederherstellung der Fassade der Alexander-von-Humboldt-Schule und der Förderung des Instituts für Förderung und Entwicklung

von Sportgeräten (FES) in Oberschöneweide sowie des NS-Zwangsarbeiterlagers in Niederschöneweide und die Lösung vieler Anliegen als Ansprechpartner vor Ort u.a. mit seinen Wahlkreisbüros im Rathaus Friedrichshagen und am S-Bhf. Baumschulenweg verweisen.

Weitere Sanierungen von Spielplätzen

Aus Mitteln des Landes Berlin können auch 2017 weitere Spielplätze im Bezirk saniert werden. „Insgesamt können wir 335.000 Euro aus dem Spielplatzsaniierungsprogramm in diesem Jahr ausgeben“, freut sich Bezirksbürgermeister Oliver Igel. „Die Kin-

der in Baumschulenweg, Grünau und Karolinenhof können sich freuen. Dort wird gebaut werden“, sagte Igel. Gleich zwei Mal werden in der Kieffholzstraße Spielplätze erneuert: In der Kieffholzstraße 235 wird der Spielplatz für 80.000 Euro erneuert, ebenso in

der Kieffholzstraße 207, auf dem auch der Sand ausgetauscht wird. Der Spielplatz an der Dahmestraße am Uferpark in Grünau wird in Teilbereichen umgestaltet, eine neue große Spielkombination errichtet und zur Sicherheit ein Zaun gebaut. Hier werden 100.000

Euro investiert. Mit 70.000 Euro etwas weniger Geld wird im Dorfanger Karolinenhof für den Spielplatz Rehfeldstraße ausgegeben. Hier wird eine Spielkombination mit Rutsche erneuert sowie Wege, Bänke und ein Motorikparcours neu gebaut.

Eine Nacht mit...

der 15. Einsatzhundertschaft (Tom Schreiber)

Im Dezember hospitierte ich für eine Schicht bei der 15. Einsatzhundertschaft. Weil es mir wichtig ist, hospitiere ich in regelmäßigen Abständen bei der Polizei, der Feuerwehr und der Justiz. Dabei möchte ich den Arbeitsalltag und vor allem auch die Arbeitsbelastung der Beamten hautnah erleben. Zu Beginn führte ich ein Gespräch mit der Dienstgruppenführung. Später hatte ich die besondere Gelegenheit, das Einsatzgeschehen in dieser Nacht mitzerleben. Mein Dank gilt allen Einsatzkräften, die Tag und Nacht für ein sicheres Berlin sorgen. Der Schwerpunkt lag an die-

sem Abend im Bezirk Friedrichshagen-Kreuzberg. In zehn Stunden kontrollierten wir beispielsweise PKWs und ein Taxi, welches in der zweiten Spur stand. Wir wurden zu einem Hostel gerufen, weil durch das Personal Beleidigungen und verbale Auseinandersetzungen mit einem Gast gemeldet wurden. In Kreuzberg störten Jugendliche die Nachtruhe, indem sie Böller von der Admiralsbrücke warfen. Zusätzlich unterstützten wir den örtlichen Polizeiabschnitt, als ein Stromkasten an einer Bushaltestelle umgestoßen wurde. (Fortsetzung auf Seite 2)

Seniorenwahl 2017

Wirken Sie mit! Wählen Sie mit! (Wahlwoche vom 27. bis 31. März 2017)

In wenigen Wochen steht die Wahl zur Seniorenvertretung Treptow-Köpenick an. Die Seniorenvertretung ist die Stimme der älteren Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks (wahlberechtigt sind alle Seniorinnen und Senioren, die im Land Berlin mit Hauptwohnsitz gemeldet sind und am 31. März 2017 das 60. Lebensjahr vollendet haben) und bringt deren Meinungen in die Politik ein. Das wird immer wichtiger, denn glücklicherweise werden auch in unserem Bezirk die Bürgerinnen und Bürger immer älter. Deren



Wünsche, Bedürfnisse und Forderungen sind und bleiben in der Bezirksverordnetenversammlung gut aufgehoben und ergänzend in der Seniorenvertretung. Erstmals ist eine Briefwahl möglich. Die Wahlunterlagen wurden verschickt. Wer sie nicht erhalten hat, kann sie unter dieser Telefonnummer anfordern:

Zentrales Briefwahlbüro Seniorenwahl, Telefon: 030-90229 990

Die Briefwahlunterlagen müssen ausgefüllt bis zum 24. März 2017 wieder beim Bezirksamt eingegangen sein.

An folgenden Orten und Zeiten könnt Ihr an der Wahl in einem Wahllokal teilnehmen:

- Wahllokale (barrierefrei):
- 27. März 2017, von 13.00 bis 18.00 Uhr, im KIEZKLUB „Haus der Begegnung“, Wenden-schloßstr. 404, 12557 Berlin
 - 28. März 2017, von

10.00 bis 15.00 Uhr, im KIEZKLUB Bohnsdorf, Dahmestr. 33, 12526 Berlin

- 29. März 2017, von 10.00 bis 15.00 Uhr, im KIEZKLUB Vital, Myliusgarten 20, 12587 Berlin
- 30. März 2017, von 10.00 bis 15.00 Uhr, im Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 31. März 2017, von 10.00 bis 15.00 Uhr, im KIEZKLUB Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin

Lesen Sie mehr zur Seniorenwahl auf Seite 4.

TERMINE

SPRECHSTUNDEN DER SPD-POLITIKER

Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhaus für Altstadt/Kietz, Allende-Viertel, Wendenschloss, Müggelheim

7. März 2017

9.00 bis 10.30 Uhr im Wahlkreisbüro, Wendenschloßstr. 137

21. März 2017

9.30 bis 10.30 Uhr in der Begegnungsstätte Allende II, Alfred-Randt-Straße 42

29. März 2017,

19.00 bis 20.00 Uhr Dorfclub Müggelheim, Alt-Müggelheim 21

Marc Oliver Ram

Bezirksverordneter

13. März 2017

16.00 bis 18.00 Uhr

im Wahlkreisbüro Matthias Schmidt Rathaus Friedrichshagen, Bölschestraße 88

Oliver Igel

Bezirksbürgermeister

20. März 2017

11.00 bis 12.00 Uhr

im Rathaus Köpenick, Zimmer 173

Rainer Hölmer

Bezirksstadtrat

15. März 2017

15.00 bis 17.00 Uhr

im Rathaus Köpenick, Zimmer 165

ANKÜNDIGUNGEN

FÜHRUNG DURCH DAS REICHSTAGSGEBÄUDE

08. April 2017

10.00 bis 13.00 Uhr

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt

Anmeldung im Wahlkreisbüro Schmidts Ekke, Tel.: 53609950

BUNDESPOLITISCHE TAGESFAHRT

Auf Einladung des Treprow-Köpenicker Bundestagsabgeordneten Matthias Schmidt finden regelmäßig bundespolitische Tagesfahrten statt. Für den folgenden Termin sind noch Plätze frei: Samstag, 9. September 2017

Das Programm setzt sich zusammen aus Besuchen u.a. des Reichstagsgebäudes mit der Kuppel, Bundesministerien, sowie kultureller und weiterer Einrichtungen. Ein touristischer Programmpunkt (Stadtrundfahrt oder Dampferfahrt) ist ebenso vorgesehen. Alle Bustransfere (Start und Ziel in Treprow-Köpenick) sowie zwei Mahlzeiten sind inbegriffen und kostenfrei. Die Gruppe wird von Matthias Schmidt im Parlamentsviertel empfangen und begrüßt. Anmeldungen: Wahlkreisbüro Schmidts Ekke (Tel.: 53609950) oder Wahlkreisbüro im Rath. Friedrichshagen (Tel.: 22013811)

Videüberwachung: Wann der Staat mitschauen kann und wann nicht

Mit dem sperrigen Namen: „Erhöhung der Sicherheit in öffentlich zugänglichen großflächigen Anlagen und im öffentlichen Personenverkehr durch optisch-elektronische Einrichtungen (Videoüberwachungsverbesserungsgesetz)“ wurde das Gesetz zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes Ende Januar in erster Lesung beraten. Neue Regelungen sollen Betreibern von Sportstätten, Einkaufszentren und andere großen öffentliche Einrichtungen oder Fahrzeuge des öffentlichen Personenverkehrs Sicherheit geben. Bisher gibt es Videoaufzeichnungen in Kaufhäusern, nicht aber in Einkaufszentren. Im Imbiss an der Ecke kann eine Kamera hängen, im gastronomischen Bereich von Shopping-Centern aber nicht. Es gibt keine gesetzliche Grundlage zur Videoüberwachung durch deren Betreiber. Das geplante Gesetz soll genau diese Planungssicherheit und Grundlage geben. Matthias



Matthias Schmidt bei einer Rede im Deutschen Bundestag
Foto: Sven Ullrich

Schmidt, MdB, berichtet von einem Gespräch mit einem Bürger in seinem Wahlkreis. Dieser argumentierte, dass doch eigentlich niemand was gegen Videoüberwachung haben könne. Dazu Schmidt:

„Selbstverständlich birgt jede Überwachung auch die Möglichkeit des Missbrauchs. Bisher kaum diskutiert wurden wichtige Fragen: Wie gehen wir anschließend mit den Aufnahmen um? Wie ist es um die Eingriffstiefe in die Grundrechte tatsächlich bestellt?“ Es macht einen großen Unterschied, ob die Bilder live in einem Kontrollzentrum von Polizisten oder elektronisch ausgewertet werden oder ob sie, wie in der U-Bahn üblich, 48 Stunden gespeichert werden, um sie nutzen zu können, wenn eine Straftat begangen worden ist. Insgesamt gibt es in Berlin 15 000 Videokameras im öffentlichen Raum, die meisten davon im öffentlichen Personennahverkehr, jedoch so gut wie gar nicht in den Zü-

gen der S-Bahn. Sichtbare Kameras auf den Bahnsteigen der S-Bahn zielen bisher auf die Türen, um bei der Abfertigung zu sparen. Videotechnik wird es erst mit der neuen Baureihe geben, die in vier Jahren eingeführt wird, bei der U-Bahn gibt es die Videoüberwachung schon jetzt flächendeckend. Matthias Schmidt: „Schwarz-weiß geht hier nicht, es gibt sehr viele Schattierungen. Man kann nicht sagen: Mit Videotechnik ist gut, ohne Videotechnik ist schlecht. Videoüberwachung kann Anschläge nur bedingt verhindern, ermöglicht aber den Missbrauch von sensiblen Daten. Wir werden in den Ausschüssen noch intensiv über die Gesetzesvorlage beraten.“

Kiezkassen 2017 – Entscheiden Sie mit!

Wollen Sie in ihrem Kiez etwas bewegen und fehlt dafür das nötige Geld? Sie können es bei der Kiezkasse beantragen. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Treprow-Köpenick hat für das Jahr 2017 wieder insgesamt 50.000 € für die 20 Kieze im Bezirk zur Verfügung gestellt. Dabei reichen die Mittel von 1.400 Euro in den einwohnerärmsten Ortsteilen wie z.B. Müggelheim oder Schmöckwitz bis zu 5.100 Euro im bevölkerungsreichsten Altglienicke. Die Anwohnerinnen und Anwohner sowie Akteure im Kiez können Vorschläge machen, wofür das Geld ausgegeben werden kann. In den letzten Jahren wurden zum Beispiel Zuschüsse zu Stadtteilstellen, Info tafeln, Ortsteilflyer oder kleine Spielplatzgeräte aus den Kiezkassen finanziert. Die Bürgerversammlung entscheidet demokratisch die Vergabe. Die Kiezpatinnen und Kiezpaten der BVV koordinieren und begleiten das Verfahren. Die ersten Termine stehen fest:

Kiezkasse Altstadt Köpenick/ Kietzer Vorstadt



© Frank Ulbricht / pixelio.de

am Donnerstag, den 16. März 2017, 18.30 Uhr im Ratssaal des Rathauses Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
Budget: 1.400 Euro
Anspruchspartnerin: Gabriele Schmitz (Kiezpatin), kiezkasse-altstadt@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Schmöckwitz/ Karolinenhof/ Rachfangswerder

am Donnerstag, den 16. März 2017, 19.00 Uhr in der Schulmensa der Insel-

schule Schmöckwitz, Adlergestell 776, 12527 Berlin
Budget: 1.400 Euro
Anspruchspartnerin: Dunja Wolff (stv. Kiezpatin), kiezkasse-schmoeckwitz@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Köllnische Vorstadt/ Spindlersfeld

am Montag, 20. März 2017, 18.00 Uhr im Café des Campus Kiezspindel, Rudower Str. 37/39, 12557 Berlin
Budget: 2.000 Euro
Kiezkasse-spindlersfeld@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Allende

am Mittwoch, 22. März 2017, 18.00 Uhr im Stuckhaus Cöpenick, Wendenschloßstr. 95, 12559 Berlin
Budget: 2.100 Euro
Anspruchspartner: Steffen Sambill (Kiezpate), kiezkasse-allende@ba-tk.berlin.de

Kiezkasse Friedrichshagen/ Hirschgarten

am Mittwoch, 22. März 2017, 18.00 Uhr im KIEZKLUB VITAL, Myliusgarten 20, 12587 Berlin
Budget: 3.500 Euro
Anspruchspartner: Ralf Thies (stv. Kiezpate), kiezkasse-friedrichshagen@ba-tk.berlin.de

KOLUMNE



Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Zeit für mehr Gerechtigkeit - darum geht es der SPD und daran will sie sich messen lassen. Gerade rund um den 8. März, dem Internationalen Frauentag, wird deutlich, wie viel dafür noch zu tun ist. Denn für viele Frauen ist Ungleichheit auch heute noch alltäglich. Besonders wichtig ist mir dabei, das Leben der gut 100.000 alleinerziehenden

Mütter in Berlin zu erleichtern. Vorrangig sind hier der Ausbau und schnelle Zugang zu guten Kita- und Hortplätzen sowie zusätzliche Beratungs- und Qualifizierungsangebote für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zur Lohngerechtigkeit gehört auch, dass die vielen, insbesondere in sozialen Berufen arbeitenden Frauen mehr Wertschätzung und vor allem eine gerechtere Entlohnung erhalten. Eine aktive Politik für Frauen ist uns wichtig und wir wollen gerade auch im öffentlichen Bereich Vorbild sein für mehr Gerechtigkeit.

Herzlich, Ihr Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Eine Nacht mit der 15. Einsatzhundertschaft

(Fortsetzung von Seite 1) Dann wurden wir gerufen, weil eine Ruhestörung auf einer Grünanlage gemeldet wurde. Mit Sonderrechten ging es dann zum S-Bahnhof Warschauer Straße, um eine aggressive Person zu ermitteln. Vor Ort konnte ich von den Kollegen des Abschnitts 51 erfahren, wie hoch ihre Arbeitsbelastung an Wochenenden allein im Bereich der Warschauer Brücke ist. Hier funktioniert die Unterstützung durch die zuständige Bundespolizei nicht so, wie sie es sollte. Im weiteren Verlauf der Nacht kam es in einer Bar zu einer Schlägerei mit Messerstecherei. Dort wurde eine Person

durch einen Messerstich in den Oberkörper lebensgefährlich verletzt, konnte sich aber in einen benachbarten „Späti“ retten und überlebte glücklicherweise. Die Täter flohen mit zwei größeren Fahrzeugen in unterschiedliche Richtungen. Wir waren etwa vier Minuten später vor Ort. Obwohl die Tat noch nicht lange zurücklag, waren die Zeugenaussagen äußerst dürftig. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich einige Zeugen nicht erinnern wollten - und das obwohl es einen Türsteher und eine Außenkamera gab. Zwischenzeitlich war auch die örtliche Kripo gerufen worden, um

Spuren zu sichern und Zeugen zu vernehmen. Im Anschluss wurden wir zu einem Club gerufen, weil dort eine junge Frau vergewaltigt wurde. Zügig konnte der mutmaßliche Täter ermittelt werden, nach einer Gegenüberstellung wurden seine Personalien festgestellt. Wenig später wurde den Beamten verwehrt, die Bar zu betreten und sie informierten das Lagezentrum. In einem Toilettenraum dort sollte nach Aussage des 17-jährigen Opfers die Vergewaltigung stattgefunden haben. Dieses zog seine Aussage jedoch plötzlich zurück. Für mich bis heute nicht nachvollziehbar. Zwei Fälle haben eine wichtige

Erkenntnis gebracht: Die fehlende Bereitschaft vieler Menschen zur Kooperation mit der Polizei. Wichtige Zeugenaussagen wurden nicht gemacht oder später zurückgezogen. Das widerspricht unserem Rechtsstaat, weil auf diese Weise Straftaten nicht aufgeklärt werden können. In der Schicht von 18 Uhr bis 4 Uhr konnte ich gute und tiefgehende Einblicke in die praktische Arbeit erhalten. Für die politische Arbeit nehme ich sehr viele Hinweise und Details aus jener Nacht mit. Sie sollen dabei helfen, weiterhin daran zu arbeiten, dass unsere Beamten wieder gern im Dienste der Berliner Polizei stehen.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Treprow-Köpenick, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin
Kontakt: buero@spd-tk.de
www.spd-tk.de

V.i.S.d.P.: Oliver Igel (Kreisvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
Oliver Igel,
André Rostalski,
Gabriele Schmitz,
Tom Schreiber,
Ralf Thies,
Karin Zehrer

Druck: Henke Presse-
druck GmbH & Co. KG,
Auflage: 50.000 Exemplare

Mein Tag als Altenpflegerin

Die SPD-Abgeordnete Derya Çağlar war Kurzpraktikantin im Neuköllner Altenpflegeheim Hermann-Radtke-Haus

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Trotz vieler Erfolge in der Gleichstellungspolitik gibt es immer noch viele Klischees. Zum Beispiel in typischen Frauen- und Männerberufen. Derya Çağlar, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, hat sich einen Tag lang einen „Frauenberuf“ angeschaut und mitgearbeitet.

Als frisch gewählte Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses muss ich mich mit Themen beschäftigen, die bisher nicht zu meinem Alltag gehören. Der Bereich Pflege ist eines dieser Themen.

Um einen Eindruck des Alltags einer Pflegekraft zu bekommen, mache ich ein Praktikum. Der Tag beginnt früh. Pünktlich um 7 Uhr werde ich von der Heimleitung empfangen. Herr Perkiewicz, groß, Brille, förmliches Auftreten, nimmt mich aufgeschlossen und herzlich im Berliner Seniorenpflegeheim Hermann-Radtke-Haus in Empfang. Die Altenpflegerin Bettina wird mich durch den Tag

begleiten. Sie trägt ein pinkfarbenes Polo-Shirt, alles wirkt herzlich, nicht steril.

In den ersten zwei Stunden gehen wir von Zimmer zu Zimmer. Zahlreiche Aufgaben werden von den Pflegekräften erledigt. Haare kämmen, Bettwäsche wechseln und Ankleiden sind Aufgaben, die ich ohne Fachausbildung auch selbst erledigen konnte. Vieles kann im Alter nicht mehr ohne professionelle Hilfe erledigt werden. Während ich Brote schmiere, fällt mir auf, wie einfühlsam und gut

gelaunt die Pflegekräfte mit allen Bewohnern umgehen. Persönliche Gespräche, gepaart mit Fachwissen, erlebe ich hier hautnah. Medizinische Details sind genauso parat wie das persönliche Lieblingsgetränk.

Bemerkenswert finde ich, wie emphatisch, geduldig und gut strukturiert alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hermann-Radtke-Hauses den Arbeitsalltag gestalten. Seelische Fürsorge ist ein genauso wichtiger Teil der Pflegearbeit wie das medizinische und pflegerische

Wissen und Können. Leider zeigt sich, dass für die Gespräche nicht immer die Zeit bleibt, die alle Beteiligten gerne hätten. Häufig unterbricht eine Klingel die Arbeit und signalisiert, wo die Pflegekräfte dringender gebraucht werden.

Ich führe viele Gespräche. Hier zeigen sich die Probleme des Pflegeberufs. Die physischen und psychischen Belastungen sind hoch. Schichtdienst ist für Arbeitende und ihre Familien oft eine hohe Belastung. Der Pflegeberuf ist außerdem ein klassischer Frauenberuf. Lediglich 15 Prozent der Angestellten im Hermann-Radtke-Haus sind Männer. Oft werden typische Frauen- und Männerberufe über den Grad der körperlichen Anstrengung definiert. Wenn ein pflegebedürftiger Mensch aber „mal kurz“ angehoben werden muss, merkt man, dass der Grad der körperlichen Belastung nicht der Grund sein kann, wieso der Beruf als typisch weiblich gilt. Der Job ist harte Arbeit. Frauen und Männer leisten hier Großartiges.

Für die Heimleitung ist es nicht einfach, Nachwuchs



Derya Çağlar bespricht mit Pflegerin Bettina den Tagesablauf.

Fotos: Fabian Roth



zu finden – trotz der zahlreichen Fortbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen und des recht sicheren Arbeitsplatzes. Neben aller Härte ist die Tätigkeit für alle geeignet, die Menschen helfen wollen und in einem familiären und teamorientierten Umfeld arbeiten möchten. Es ist geplant, beispielsweise an Schulen für die Attraktivität des Berufs zu werben und mehr junge Menschen für eine pflegeorientierte Ausbildung zu gewinnen.

Mit gemischten Gefühlen und unzähligen Eindrücken habe ich meinen Praktikumstag beendet. Ich bin sehr beeindruckt von der menschlichen Wärme, die Pflegerinnen und Pfleger jeden Tag aufbringen. Viele Einzelschicksale haben mich zutiefst berührt. Alleinsein im Alter ist eine Vorstellung, die mich beängstigt. Es ist aber beruhigend zu wissen, dass es Menschen gibt, die einem in dieser Einsamkeit Halt geben. Derya Çağlar

Verborgene Erfinderinnen

Ein Gespräch mit Hannah Fitsch und Daniela Döring über Geschlechtergerechtigkeit in Museen

Museen zeigen, was eine Gesellschaft als ihr kulturelles Erbe betrachtet. Frauen tauchen in Museen als Erfinderinnen weitaus seltener auf als Männer. Besonders auffällig ist ihre Randständigkeit in Technikmuseen, kritisieren Hannah Fitsch und Daniela Döring vom Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der TU Berlin. In ihrem kürzlich erschienenen Sammelband machen sie Vorschläge für eine geschlechtergerechte Museumspraxis.

Technikverständnis. Erfindungen sind erstens nicht nur von einem singulären Genie erdacht, und zweitens müssen immer auch die Weiterentwicklungen und die Verwendungen kontextualisiert werden. Die historische Ausgeschlossenheit von Frauen aus den Universitäten und den Laboren wird in Technikmuseen nicht thematisiert, das heißt gesellschaftliche Rahmenbedingungen werden nicht benannt, und somit wird der männliche Erfinder als universelle Tatsache angenommen.

Gibt es bestimmte Frauen, die in Ihren Augen als Erfinderinnen zu kurz kamen?

Ja. Zum Beispiel Grace Hopper. Die US-Amerikanerin leistete wesentliche Vorarbeiten für die Entwicklung einer verständlichen Computer-Programmiersprache.

Aber: Wenn wir sie alle benennen könnten, wären sie ja nicht zu kurz gekommen. Eine Aufgabe der Technikmuseen besteht ja genau darin nach eben diesen Frauen, die es definitiv gab, zu recherchieren und

diese, wenn sie etwa auf Fotos dargestellt werden, zu benennen. Zudem werden Haushaltstechniken zumeist nicht als gleichwertig zu Eisenbahn- oder Flugzeugtechnologien anerkannt.

Wie genau könnten Technikmuseen Frauen noch mehr würdigen?

Es geht nicht nur darum Frauen mehr zu würdigen, sondern Männlichkeiten zu hinterfragen und Macht-hierarchien sowie weitere Machtmechanismen aufzudecken. Etwa sollten Berei-

che im Museum neu kategorisiert werden, nicht mehr einzelne Objekte/Erfindungen aus dem Verkehr unter Eisenbahn, Flugzeug, Auto zu subsumieren, sondern unter dem Begriff Mobilität danach zu fragen, wer wie mobil sein kann/konnte. Das verweist nicht nur auf Geschlechterfragen, sondern auch auf Migration oder Klassenverhältnisse.

Sie haben für Ihre Studie in fünf Museen – darunter das Deutsche Technikmuseum Berlin – Daten erhoben, welches Genderwissen, welche Kompetenzen in der Sammlungs-, Ausstellungs-, Vermittlungs- und Personalpolitik vorhanden sind. Wie wurde dort auf Ihre Forschung reagiert?

Sehr positiv und offen – für Fragen, die sie als relevant ansehen. Museen sind derzeit stark darum bemüht, sich neu aufzustellen. Dabei stehen Fragen im Vordergrund, wie wir sie auch in unseren Interviews gestellt haben – nach dem Technikbegriff (also wie sozial sind Technologien) und auch danach, was Museen eigentlich leisten können. Und nicht zuletzt sind im Bereich der Technik auch immer Fragen der Sozial- und Geschlechtergeschichte von Belang.

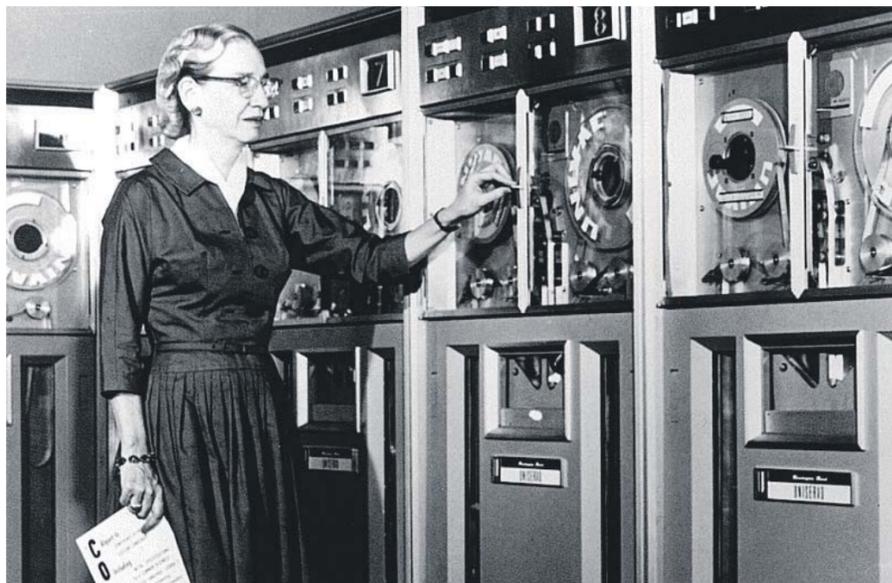
Ist die Sensibilität für geschlechtergerechte Museumsforschung vielleicht deshalb noch nicht so ausgeprägt, weil nur wenige Technikmuseen in Deutschland von Frauen geführt werden?

Vielleicht. Das können wir so nicht beantworten. Allerdings lässt sich sagen, dass Frauen häufiger die Offenheit mitbringen, neu und aus anderen Perspektiven heraus auf Technik und ihre Geschichte zu blicken. Egal welchen Geschlechts, braucht es auf jeden Fall ein Bewusstsein, dass es historisch und gegenwärtig geschlechterbedingte Ausschlüsse und Zuschreibungen gab und gibt. Generell wären aber mehr Frauen in Führungspositionen sehr zu begrüßen.

Interview:
Christina Bauermeister

Berliner Stadtblatt: Sie kritisieren in Ihrer Studie, dass Frauen in Technikmuseen oft nur als Ehefrau, Konsumentin, im Haushalt oder als Beifahrerinnen im Auto. Doch ist dies nicht der damaligen gesellschaftlichen Rolle der Frau geschuldet? Schließlich konnten Frauen schon deshalb weniger erfinden, weil sie von Werkstätten und Laboren weitgehend ausgeschlossen waren.

Hannah Fitsch und Daniela Döring: Ausgeschlossen ja, aber es hat ja dennoch Erfinderinnen gegeben. Der Mythos von dem männlichen Erfinder beruht auf einem zu kurz gegriffenen



Grace Hopper war in den 1950er Jahren eine Pionierin auf dem Gebiet der Computer-Programmiersprache.

Foto: computerhistory.org

Im Zuge des Projekts ist der Sammelband erschienen:
Daniela Döring und Hannah Fitsch (Hg.):

Gender Technik Museum. Strategien für geschlechtergerechte Museumspraxis.

Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, TU Berlin 2016. ISBN 978-3-00-053782-0

MELDUNGEN

POLIZEI WIEDER IN U-BAHNEN UNTERWEGS

Polizisten und Wachleute der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) gehen wieder gemeinsam in U-Bahnen und Bahnhöfen auf Streife.

Ziel sei es, mehr Sicherheit im Nahverkehr zu erreichen, sagte Innensenator Andreas Geisel bei der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit der BVG am 24. Februar. Von nun an sollen täglich bis zu fünf Doppelstreifen – bestehend jeweils aus zwei Polizisten und zwei BVG-Mitarbeitern – im Einsatz sein, verteilt über den gesamten Betriebszeitraum. Mindestens zwei Streifen sollen nachts unterwegs sein – in der Zeit, in der sich Fahrgäste am unsichersten fühlen.

150 ANGEBOTE FÜR EHRENAMTLER

In Berlin und Brandenburg gibt es seit diesem Jahr eine gemeinsame Ehrenamtskarte zur Anerkennung des freiwilligen Engagements. Inhaber können angebotene Vergünstigungen von etwa 150 Partnern in Anspruch nehmen.

Freiwilliges Engagement begegnet uns an so vielen Stellen, oft nehmen wir es gar nicht wahr und unterschätzen die Kraft, die es erfordert, sich regelmäßig ohne Gegenleistung für einen guten Zweck einzusetzen“, sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller.

Einen Anspruch auf die Karte haben Ehrenamtliche, die sich mindestens 200 Stunden pro Jahr ohne Entgelt und mit der Absicht, ihr Ehrenamt weiterhin auszuüben, engagieren. Bisher profitieren etwas weniger als 10.000 Engagierte von den Vorteilen der Ehrenamtskarte.

Aktuelle Partner sind u. a. der Friedrichstadtpalast Berlin, die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, der Filmpark Babelsberg, die Grün Berlin GmbH, die Weiße Flotte Potsdam, Hertha BSC und der Zoo Eberswalde.

Infos: www.berlin.de/buergeraktiv

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin
und den Bezirken (Seiten 4, 5, 6, 7)

Herausgeber:
SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz
(V.i.S.d.P.) - Müllerstraße 163 - 13353 Berlin

Redaktion:
Christina Bauermeister (CvD)
Ulrich Horb
Gunter Lange
Ulrich Rosenbaum

Rätselerstellung: Uli Schulte Döinghaus
Satz & Grafik: Hans Kegel - SPD Berlin
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Radikalumbau beim Berliner Verlag

Die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch im Gespräch mit dem Berliner Stadtblatt



Das neue Verlagsgebäude an der Alten Jakobstraße in Kreuzberg

Foto: Bauermeister

Die Kölner DuMont Medien-Gruppe hat den Berliner Verlag kräftig umstrukturiert. Die Berliner Verlag GmbH, die Berliner Kurier GmbH und die DuMont Redaktionsgemeinschaft GmbH (ReGe2) sind nun geschlossen und die Zeitungen „Berliner Zeitung“ sowie „Berliner Kurier“ werden von der neuen Newsroom GmbH erstellt. Die Verlagsleitung verkauft das Vorhaben als „Neustart“. Über die Folgen sprach die Betriebsratsvorsitzende Renate Gensch.

Berliner Stadtblatt: Welche Folgen hat der Umbau für die Beschäftigten?

Renate Gensch: Von 161 Angestellten haben mehr als 90 im neuen Unternehmen

keinen Arbeitsplatz mehr. Es gibt einen Sozialplan und einen Sozialtarifvertrag, ersterer wird üblicherweise von den Betriebsräten, zweiter von den Gewerkschaften abgeschlossen. Beides ist bei uns identisch für den Berliner Verlag, den Kurier und die Redaktionsgemeinschaft. Für andere Teile, wie für das Anzeigenblatt, den IT-Bereich, Vertrieb & Marketing gelten andere Regelungen. Das Callcenter ist an die Firma Walter verkauft worden.

Was hat der Betriebsrat im Sozialplan für die Beschäftigten durchsetzen können?

Betriebsrat und Gewerkschaften haben gemeinsam verhandelt. Wir sind im Hause gut organisiert, was dabei von Vorteil ist. Schon in der Vergangenheit haben

wir einiges gemeinsam an Problemen durchgestanden. Jeder der Betroffenen bekommt nach dem Sozialplan eine Abfindung von 0,5 Gehälter pro Beschäftigungsjahr, eine Arbeitsmarktzulage für Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr.

Hinzu kommt eine Transfergesellschaft – finanziert aus Leistungen der Arbeitsverwaltung und dem Unternehmen. Sie dient der beruflichen Neuorientierung und hier bekommen die Kolleginnen und Kollegen für maximal ein Jahr 80 Prozent des letzten Nettogehalts. Außerdem gibt es über eine freiwillige Vereinbarung eine erhöhte Abfindung für jene, die sich schnell für eine Offerte entscheiden.

Wie reagierten die Mitarbeiter auf den Sozialplan?

Sie sind sehr froh, dass wir das alles ausgehandelt haben. Sie haben aber aufgrund der Erfahrungen mit dem Betriebsrat darauf vertraut.

Was wäre, wenn es keinen Betriebsrat gäbe?

Die Mitarbeiter hätten einfach ihre Kündigung bekommen. Jeder hätte dann versuchen müssen, etwas beim Arbeitsgericht einzuklagen. Insofern ist es wichtig, wenn sich Mitarbeiter für einen Betriebsrat engagieren, der sich für günstige Regelungen einsetzt.

Da geht es nicht allein nur ums Geld, sondern auch um Regelungen über Arbeitszeit und Urlaub oder Überstunden. Es geht um Arbeitnehmerdatenschutz, etwa um die Auswertung von Daten am Arbeitsplatz. Ich hoffe, dass es beim Newsroom irgendwann auch einen Betriebsrat geben wird.



Renate Gensch ist Betriebsratsvorsitzende des Berliner Verlags

Foto: Gunter Lange

Besteht die Gefahr, dass Frauen in dieser Situation benachteiligt werden?

Alle werden bei uns gleichbehandelt. Es gibt im Sozialplan einen sogenannten Arbeitsmarktfaktor, das betrifft ältere Kolleginnen und Kollegen gleichermaßen. Über die Transfergesellschaft versuchen wir, ihnen eine neue berufliche Zukunft zu vermitteln.

Bei der letzten Betriebsratswahl 2015 hatten wir rund 200 Beschäftigte. Die Frauenquote betrug seinerzeit 49,75 Prozent, von neun Betriebsratsmitgliedern hatten wir Frauen vier inne. Zuvor war der Anteil höher, aber Teile des Verlags und damit angestellte Frauen waren ausgegliedert worden.

Waren Frauen in der beruflichen Entwicklung benachteiligt?

Also für die „Berliner Zeitung“ kann ich das nicht sagen. Bei der Bezahlung war das insgesamt recht ausgeglichen, dank eines guten Haustarifvertrages. Wir hatten eine gute Mischung: eine Chefredakteurin, die Stellvertretung hatte eine Frau inne, und bei den Ressortleitungen waren von sieben Positionen vier von Frauen besetzt. In der neuen Redaktion, bei der Newsroom GmbH, stehen drei Männer an der Spitze und eine Frau als Teamleiterin.

Interview: Gunter Lange

Aktive Nachbarschaft

Seniorenwahlen vom 27. bis 31. März in Berlin

Fast 900.000 Berlinerinnen und Berliner ab 60 Jahre sind vom 27. bis 31. März dazu aufgerufen, ihre Seniorenvertretungen in den Bezirken zu wählen.

Jeder kann 10 Stimmen vergeben. Auf die Vorschlagsliste zur Berufung wird gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Jeder neuen Seniorenvertretung können maximal 17 Mitglieder pro Bezirk angehören.

Gesundheitsversorgung im Kiez. Seniorengerechter, bezahlbarer Wohnraum. Mobilität mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Sicherheit und Barrierefreiheit in der Stadt. Gute Pflege. Dies sind nur einige der Themen, die für ältere Menschen von großer Bedeutung sind und um die sich die derzeit 189 Seniorenvertreter engagiert kümmern. Sie sind die ehrenamtlichen Interessenvertreter für ein Viertel der Berliner Bevölkerung, die das 60. Lebensjahr vollendet haben.

„Wir sind die Lobby für ältere Menschen“, sagt Jo-

hanna Hambach, Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin. Sie ruft alle Seniorinnen und Senioren dazu auf, „ihr Wahlrecht zu nutzen und so das ehrenamtliche Engagement zu unterstützen. Wir sind ihre Mittler zur lokalen Politik und tragen entschieden dazu bei, die sozialen Strukturen



in der Nachbarschaft zu erhalten und auszubauen.“

„Die SPD wird in allen Kreisverbänden für die Wahlen werben und dazu auch Listen mit den sozialdemokratischen Bewerbern erstellen“, versichert die Berliner Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60 plus in der SPD, Heidemarie Fischer.

Die bezirklichen Seniorenvertretungen werden im April auf der Grundlage des Berliner Seniorenmitwirkungsgesetzes für fünf Jahre berufen. Das Gesetz wurde 2016 geändert.

„Das Neue an den Seniorenwahlen ist die Möglichkeit, per Briefwahl an den Bezirklichen Seniorenwahlen teilnehmen zu können“, erklärt die seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Ulker Radziwill. „Mir ist es wichtig, dass viele Senioren und Seniorinnen an dieser Wahl ihrer Vertreter und Vertreterinnen teilnehmen können. Daher haben wir die Anzahl der Wahllokale erhöht und auch die Briefwahl zum ersten Mal ermöglicht.“ chb

Hinweis: Die Briefwahlunterlagen für die Seniorenwahlen werden nicht automatisch zugesandt, sondern müssen bis zum 12.03.2017 beantragt werden. Mehr Informationen finden Sie unter: www.ü60.berlin

Vorrang für Mietwohnungen

Verbot der Zweckentfremdung wirkt

Das Zweckentfremdungsverbot in Berlin beginnt zu wirken. Bis Ende September vergangenen Jahres wurden insgesamt 1.518 ehemalige Ferienwohnungen wieder zu Mietwohnungen.

Das geht aus einem Bericht der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an den Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hervor. Weiter 744 Wohnungen, die anderweitig gewerblich genutzt wurden oder leer standen, werden ebenfalls wieder als Wohnraum genutzt. Die meisten Ferienwohnungen, die wieder als normale Mietwohnungen genutzt werden, befinden sich in Friedrichshain-Kreuzberg (526), gefolgt von Tempelhof-Schöneberg (279), Pankow (212), Mitte (183) und Charlottenburg-Wilmersdorf (95).

Bei den Bezirken waren bis 31. Juli 2014 insgesamt 6.329 Unterkünfte offiziell als Ferienwohnungen registriert. 1.046 Wohnungen da-

von sowie rund 500 nicht registrierte Wohnungen wurden bis Ende September vergangenen Jahres wieder normalen Wohnzwecken zugeführt. Die gewerbliche Nutzung von Wohnraum ist in Berlin seit April 2016 nicht mehr erlaubt.

Die Eigentümer können zwar bei den Bezirken beantragen, dass sie ihre Unterkünfte als Ferienwohnung vermieten dürfen, doch wird dies in den wenigsten Fällen genehmigt. Die Behörden bewilligten bis Ende September nur für 58 Wohnungen den Betrieb als Ferienappartement, heißt es in dem Bericht der Senatsverwaltung an das Parlament.

Das Land Berlin hat zur Durchsetzung des Gesetzes 30 neue Stellen in den Bezirken geschaffen, die für die Kontrolle und Sanktionierung zuständig sind. Illegale Ferienwohnungen können auch unter www.berlin.de/zweckentfremdung gemeldet werden. SB

Ein Spaßvogel meint es ernst

Dieter Hallervorden hat aus dem Steglitzer Schlosspark Theater eine viel beachtete Bühne gemacht

Berliner Ensemble, Schaubühne, Deutsches Theater, Volksbühne, Renaissance-Theater: Das sind die Bühnen, an die man in Berlin zuerst denkt. Doch die Vielfalt erschöpft sich nicht darin, wohin die meisten Steuergelder fließen. Ein gutes Beispiel ist das Schlosspark Theater in Steglitz.

Schon vor knapp 100 Jahren wurde im 1804 errichteten Wrangel-Schlösschen des Guthauses Steglitz Theater gespielt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war man froh, hier eine unversehrte Spielstätte vorzufinden. Unter der Intendanz des legendären Boleslaw Barlog wurde 27 Jahre lang deutsche Theatergeschichte geschrieben. Doch mit der Neuordnung der Berliner Bühnen nach der Wiedervereinigung der Stadt begannen wechselvolle Jahre. Heribert Sasse versuchte, das Theater zu



Dieter Hallervorden mit Katharina Schlothauer in „Vor Sonnenuntergang“

Foto: DERDEHMEL/Urbschat

retten und war ebenso erfolglos wie der Unterhaltungskonzern Stage.

2008 schließlich rieb sich die Kulturszene die Augen:

Dieter Hallervorden pachtete das Theater für zehn Jahre vom Land, um hier nicht etwa Klamauk, sondern durchaus anspruchs-

volles Theater zu inszenieren. Man musste sich erst einmal daran gewöhnen, dass „Didi“ vom Spaßvogel zum gereiften Charakterdarsteller

und Prinzipal mutierte. Er hat viel Geld in das Projekt gesteckt, aus dem Topf des Kultursenators bekommt er gerade mal 235.000 Euro im Jahr.

Die ersten beiden Jahre wurde viel geunkelt, dass Hallervorden wohl nicht lange durchhalten werde. Heute ist das Theater mit seinen 440 Plätzen gut besucht, und das liegt am durchaus anspruchsvollen Programm, das nicht nur das bürgerliche Publikum des Südwestens anzieht und mehr als seichtes Boulevardtheater bietet. Viel Lob gibt es für die derzeit laufende Inszenierung der „Minna von Barnhelm“. Eine Aufführung voll und ganz im Stil der Zeit, in der Lessings Lehrstück entstand. Keine Experimente, aber bestes Handwerk. Und in der Rolle des Majors von Tellheim ein fernseh bekanntes Gesicht: Tatort-Kommissar Oliver

Mommsen. Auch in der neuesten Inszenierung „Fehler im System“ spielt mit Jürgen Tarrach eine TV-Größe mit. Die eigens für das Schloss Theater geschriebene Komödie spielt in der Welt 4.0. Zu allen Neuinszenierungen gibt es einen geselligen Abend mit Ulli Zelle und seinen „grauen Zellen“ und den Schauspielern. Ganz wichtig aber auch: YAS, das junge Schloss Theater, wo Schülerinnen und Schüler, Studierende und Azubis die Klassiker von Aristophanes bis Ibsen einstudieren können. Ein kluges Konzept, dem man den Erfolg über 2018 hinaus wünschen möchte, wenn die Verlängerung des Pachtvertrags ansteht.

Ulrich Rosenbaum

Mehr über das Schlosspark-Theater finden Sie unter: www.schlosspark-theater.de

Zeitreise in 1000 Bildern „Reich und sexy“

Bildband über den Alltag in Berlin

Fotoalben zeigen die besonderen Momente: Hochzeiten, Geburtstage, Urlaub. Dahinter verblasst der Alltag, das Gewöhnliche. Dabei erzählt der Alltag das eigentliche Leben. Das macht der Blick in den großformatigen Bildband „Alltag in Berlin“ deutlich, der im ElsenGold-Verlag erschienen ist. Tausend Fotos aus hundert Jahren beschreiben die Veränderungen einer Metropole, sie schreiben die Geschichte der Stadt im 20. Jahrhundert und wecken Erinnerungen.

Angeordnet und in Kapiteln übersichtlich geordnet, haben die Bilder der Historiker Hans-Ulrich Thamer und die ehemalige Leiterin der Fotosammlung des Berliner Landesarchivs, Barbara Schäche. Zwei Drittel des Bandes sind den Menschen der Stadt gewidmet, ihrer Arbeit, dem Wohnen, der Familie, den Schulen und der Kultur, ein Drittel zeigt Berlin als Hauptstadt der Deutschen mit all den politischen Kämpfen von der Kaiserzeit über die NS-Diktatur und den Wiederaufbau in zwei Teilstädten.

Es lohnt sich, sich von den Geschichten der Bilder einfangen zu lassen, in ihnen nach Vertrautem und Fremdem zu suchen. Harte körperliche Arbeit ist zu sehen, Frauen in der Rüstungsindustrie des 1. Weltkriegs, Heimarbeit an der Nähmaschine in den dreißiger Jahren. Firmennamen, die längst verschwunden sind: AEG, Wittler-Brot, das Werk für Fernseh elektronik. Der Sche-

renschleifer zieht nicht mehr von Haus zu Haus, die kleinen Drogerien sind verschwunden. Ein Foto zeigt die letzte Verkostung in der 1994 stillgelegten Bärenquell-Brauerei. Inschriften an den Häusern zeugen von längst überholten Geschäftsideen: Wer braucht noch eine Gardinenspanner?

Es sind Bilder von Armut und Elend dabei, verhärmte Gesichter, Kinder, die – 1919 – den Abfall an der Zentralmarkthalle in Mitte nach Essbarem durchsuchen, Frauen im Luftschutzkeller. Kriegsinvaliden gehören zum Stadt-

bild – nach 1918 und nach 1945. Daneben immer wieder die Suche nach dem privaten Glück: Familienfeste, eine Feier von Laubenpiepern, ein Kettenkarussell, auf dem Kinder vor der Kulisse des zerstörten Stadtschlusses durch die Luft fliegen.

Berlin war und ist voller Veränderungen. Die Fotos erzählen von Zuzug und Integration, von Aufbau, Fortschritt und Irrtum, von der Auseinandersetzung der Systeme an der Grenzlinie zwischen Ost und West mitten in der Stadt. Eine spannende Zeitreise. Ulrich Horb

Vinyl ist „in“: Längst eingemottete Plattenpressen werden wieder in Betrieb genommen, ausgemusterte Plattenspieler vom Dachboden geholt. Aus den Rillen der analogen schwarzen Scheiben klinge es besser als aus der digitalen Sterilität der Compact Discs, sagen die Fans. Es gibt aber mindestens noch einen anderen Grund: Die Cover der Langspielplatten waren ein künstlerisches Genre für sich, welches – auf CD-Größe geschrumpft – jeden Charme verloren hat.

Was für Kunstwerke die Hüllen einst waren, kann man derzeit in der Galerie C/O Berlin im Amerikahaus am Bahnhof Zoo in der Ausstellung „Total Records“ mit fast 400 Exponaten bestaunen. Das Publikum: Mindestens zur Hälfte aus einer Generation, die die Schallplatten-Zeit gar nicht erleben konnte. Für die Älteren ist es ein Déjà-vu. Das prominenteste Beispiel: Die Beatles-LP „Abbey Road“ von 1969, auf deren Cover die vier Pilzköpfe barfuß über einen Zebrastreifen wandeln. Um das Motiv ranken sich bis heute mindestens so viele Mythen und Rätsel wie um Piero della Francescas mehr als 500 Jahre ältere „Geißelung Christi“. Daneben zum Schmuzzeln gleich ein paar Plagiate.

Die Generation 40plus entdeckt aber auch viele andere Highlights aus einer Zeit, als die Cover-Gestaltung Kunst war. Man sieht eine Banane von Andy Warhol oder düstere Szenen aus



Die Ausstellung „Total Records“ bietet Höhepunkte aus einer Zeit, als die Cover-Gestaltung Kunst war. Foto: Ulrich Rosenbaum

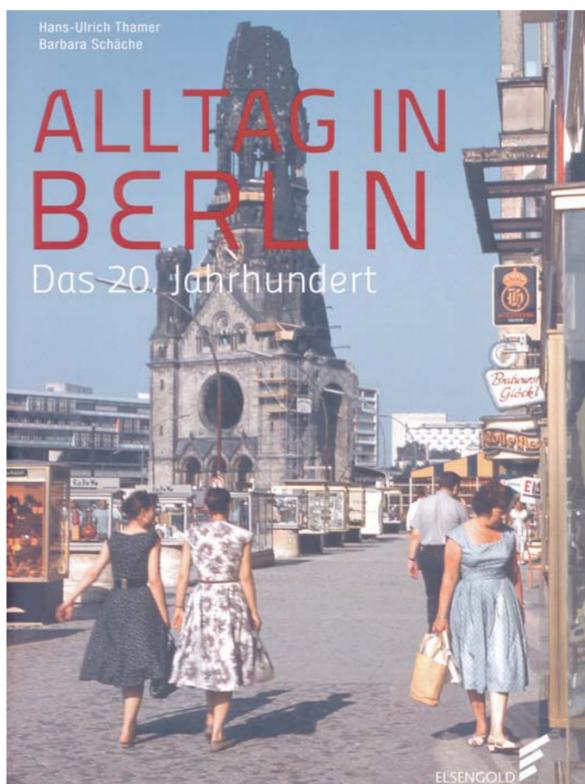
sterbenden Landschaften auf U2-Plattencovers. Natürlich sind die Rolling Stones dabei, darunter die LP „Beggar's Banquet“, deren Titel „Sympathy for the Devil“ zum Motto einer ganzen Generation wurde. Gezeigt werden Wolf Biermanns legendäre, heimlich in der DDR aufgenommene und rausgeschmuggelte Liedersammlungen „Chausseestraße 131“ und „Warte nicht auf bessere Zeiten“, die gesamtdeutsche Geschichte geschrieben haben. Eine Ecke ist dem Berliner Kult gewidmet, darunter – man staune – sogar eine LP von Harald Juhnke. Ansonsten: viel Sex. Nicht wenige Sänger und Gruppen versuchten, damit Käufer anzulocken. „Reich und sexy II“ zeigt die „Toten Hosen“ total nackt, Prince posiert für die LP-Hülle „Lovesexy“ lasziv hüllenlos und erhält dafür einen Ehrenplatz in

der Ausstellung. Yoko Ono und John Lennon mit vollem Schamhaar – ein Klassiker. Doch das Lolita-Cover von „Virgin Killer“ (1976) der Scorpions könnte man heute auch unter Kinderpornografie einordnen. So ändern sich die Zeiten.

Die Ausstellung gibt Anlass festzustellen, dass die Galerie der Fotokunst ihren Umzug von der Oranienburger Straße ins Amerikahaus allen Unkenrufen zum Trotz gut überstanden hat. Vielleicht haben sich die Besucher geändert, nicht aber die Themen. So wird parallel gezeigt: „Watched! Surveillance, Art & Photography“ zum Thema totale Überwachung.

Ulrich Rosenbaum

Die Ausstellung „Total Records“ ist noch bis zum 23. April täglich von 11 bis 20 Uhr zu sehen. Eintritt 10 Euro



Hans-Ulrich Thamer, Barbara Schäche, *Alltag in Berlin – Das 20. Jahrhundert*, 476 Seiten, 1000 Abbildungen, ISBN 9783944594552, € 49,95

Gut zu wissen!

Nutzung von Drohnen – DVB-T2-Umstellung – Haustiere in Mietwohnungen – Regeln für automatisiertes Fahren



Besitzer von Drohnen müssen künftig Vorschriften beachten.

Foto: Adobe Stock - Absurdov

VORSCHRIFTEN FÜR DROHNEN

Immer mehr Menschen in Deutschland besitzen eine Drohne. Mit dem wachsenden Flugbetrieb steigen auch die Risiken. Um die Sicherheit im Luftraum zu erhöhen, hat die Bundesregierung eine Neuregelung auf den Weg gebracht.

Um Abstürze, Unfälle und Eingriffe in die Privatsphäre zu verhindern, unterliegt der Betrieb von Drohnen der „Verordnung zur Regelung des Betriebs von unbemannten Fluggeräten“. Diese umfasst mehrere Neuregelungen.

Besitzer von Flugmodellen und unbemannten Luftfahrtsystemen mit mehr als 250 Gramm Gewicht sind nun zur Kennzeichnung, mit Namen und Adresse, verpflichtet. Für den Betrieb

ab fünf Kilogramm muss eine Erlaubnis der Landesbehörde vorliegen. Zudem ist ein „Drohnen-Führerschein“ abzulegen. Um diesen zu erhalten, müssen Nutzer eine Prüfung bei einer anerkannten Stelle ablegen – dies soll auch online möglich sein. Vorgesehen ist ein Mindestalter von 16 Jahren. Die Bescheinigung soll zehn Jahre gelten.

Bei der Nutzung muss außerdem die Sichtweite gewahrt werden. Verboten sind Flüge über sensible Bereiche, worunter Einsatzorte von Polizei und Rettungskräften, Naturschutzgebiete und Menschenansammlungen gehören.

Die detaillierten Neuregelungen finden Sie unter www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/LR/151108-drohnen.html.

DVB-T2 KOMMT

Ab dem 29. März 2017 wird der DVB-T-Empfang von Fernsehprogrammen über Antenne auf DVB-T2 umgestellt.

Durch die Umstellung werden sowohl der Fernsehempfang als auch der Mobilfunkempfang modernisiert. Die DVB-T2-Übertragung ermöglicht den Empfang hochauflösender Bilder, während sie gleichzeitig weniger Frequenzen belegt. Die frei werdenden Frequenzen stehen dann zusätzlich für den Ausbau der Mobilfunknetze, also für den schnelleren mobilen Internetempfang, zur Verfügung. Je nach Geräteausstattung ist dabei die Anschaffung eines neuen Empfangsgeräts erforderlich (z.B. eine Set-Top-Box).

Die Umstellung erfolgt in mehreren Teilschritten bis Mitte 2019. In Berlin und Brandenburg ist es am 29. März 2017 soweit. Dabei wächst das Angebot an privaten Programmen, allerdings gegen eine jährliche Abo-Gebühr von 69 Euro. Die öffentlich-rechtlichen Programme sind weiterhin kostenfrei.

Nicht betroffen sind Verbraucher, die über Kabel, Satellit oder Internet fernsehen. Alle anderen erfahren unter www.dvb-t2hd.de/empfangscheck, wann in ihrer Region umgeschaltet wird und was danach zu empfangen ist.

HAUSTIERE ERLAUBT

Wie das Amtsgericht Köln (Az.: 210 C 26/15) entschied, dürfen Vermieter die Haltung bestimmter Haustiere nicht pauschal verbieten.

Eine Klausel in Mietverträgen, die die Haustierhaltung auf bestimmte Tierarten beschränkt, die Genehmigung des Vermieters einfordert oder Haustiere generell untersagt, stellt eine unangemessene Benachteiligung der Mieter dar und verliert ihre Wirksamkeit. Zudem besteht auch kein Anspruch auf Benachrichtigung des Vermieters bei der geplanten Anschaffung eines Haustiers.

Die Tierhaltung kann aber anhand der Größe des Haustiers im Verhältnis zur Wohnung untersagt werden.



Vermieter dürfen die Haltung von Tieren in Mietwohnungen nicht pauschal untersagen.

Foto: Adobe Stock - javier brosch

Für weitere Fragen zum Mietrecht steht in den meisten Fällen der lokale Mieterverein zur Verfügung.

REGELN FÜR AUTOMATISIERTES FAHREN

Automatisiertes Fahren soll bald auf deutschen Straßen möglich sein. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der eine entsprechende Änderung im Straßenverkehrsgesetz vorsieht. Wichtig dabei: Auch beim Einsatz des Computers bleibt die letzte Verantwortung grundsätzlich beim Menschen.

Nach dem Entwurf zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes dürfen zukünftig auch Fahrzeuge zum Einsatz kommen, die zeitlich



Ein Gesetz soll das automatisierte Fahren regeln.

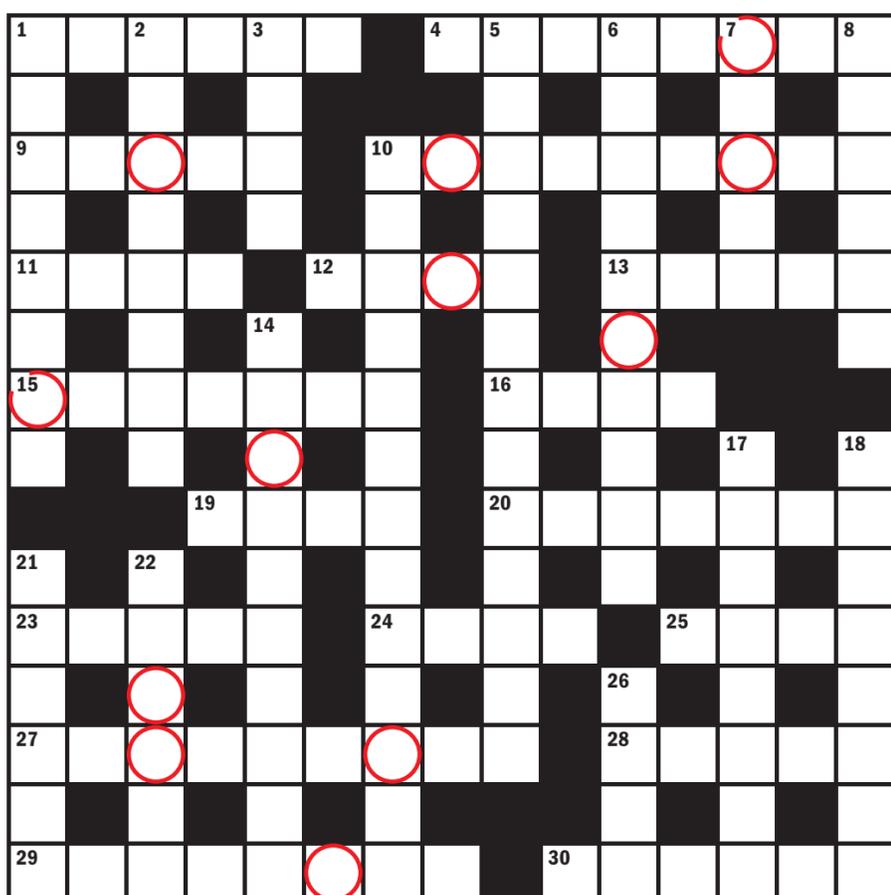
Foto: Adobe Stock - nmann77

begrenzt und nur in bestimmten Situationen automatisch gesteuert werden. Die automatisierten Systeme müssen aber jederzeit vom menschlichen Fahrer deaktiviert werden können; ein den Fahrer komplett ersetzendes autonomes System ist nicht vorgesehen. Da die Verantwortung beim Menschen bleibt, aber technisches Versagen nicht auszuschließen ist, hilft in solchen Fällen eine Blackbox bei der Aufklärung von Unfällen.

Der Gesetzesentwurf folgt der 2015 vom Kabinett beschlossenen „Strategie automatisiertes und vernetztes Fahren“. Deren Ziel ist es, Deutschland zum „Leitmarkt“ und „Leitanbieter für automatisierte und vernetzte Fahrzeuge“ zu machen.

Weitere Informationen zum Konzept der Bundesregierung finden Sie hier: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/09/2015-09-16-o-top-automatisiertes-fahren.html

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- Sozialistin, die sich für »10 Waagerecht« einsetzte
- Interaktion zwischen Genen
- würzt Salat und Süßspeisen
- jedes Jahr am 8. März
- Verhaltensweise des US-Präsidenten
- Scharnier zwischen Ober- und Unterschenkel
- ärgerster Feind des Radfahrers
- verbindet Knopf und Kragen
- hält einen Schiffsrumpf zusammen
- Bienen-, Eisen- oder Essigkraut
- im Theater muss sie Trauer tragen
- ihr Ende ist spätestens am 24. September 2017 um 18 Uhr besiegelt
- Bodenklappe
- Haut (engl.)
- Sie plädiert für die Abschaffung von »10 Waagerecht«

- tätig, engagiert
- öffnet oder schließt nur einen Stromkreis
- verkleinertes Muster

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- anschauend
- Putzer
- sein größter Feind ist das Auto
- er schafft eine vertiefte, plane Fläche
- Bundespräsident
- amtliche Bescheinigung
- im Besitz von Eigenschaften
- Betrugsbekämpfungseinheit des Finanzministeriums
- leidenschaftlich musiziert
- verbietet ungebührliches Rülpsen
- am Aschermittwoch war alles vorbei
- Ortsteil der kreisfreien Stadt Amberg
- Nahrung zubereiten
- Spielkarte von niederem Wert

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben den Namen eines Mannes, der in kurzer Zeit viele Anhänger um sich geschart hat und der dabei ist, mit ihnen zusammen um ein hohes Amt zu kämpfen.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.03.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

**GEWINN:
10 BÜCHER ZUR
BERLINER GESCHICHTE**

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Bücher zur Berliner Geschichte.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **METEOR**
Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

Land in Sicht? – Unterschutzstellung des Müggelsees

Eine Rechtsverordnung sorgt für Aufregung rund um den Müggelsee. Im Sommer letzten Jahres wurde der Entwurf zur Unterschutzstellung des Müggelsees und des Fredersdorfer Mühlenfließes öffentlich ausgelegt. Betroffene Vereine, Verbände und einzelne Anwohner konnten Bedenken und Anregungen abgeben, was mit bis zu 700 Meldungen auch geschah. Die Sorgen waren und sind groß; mit der Ausweisung weiter Teile des Müggelsees und Uferbereiche als Naturschutzgebiet drohte das Aus für den Wassersport: Rudern, Segeln, Kanu bald nicht mehr oder nur mit Genehmigung möglich? Keine Regatten mehr, keine Meisterschaften mehr – vielleicht sogar keine Schwimmveranstaltungen mehr? Den zwischenzeitlich immer mehr aufkommenden Bedenken der Wassersportvereine

ihr Angebot, den Wassersport im Naherholungsgebiet, massiv einschränken oder sogar einstellen zu müssen, entwickelten sich in großen Unmut und nicht zuletzt entfachte die geplante Umsetzung der Verordnung zur Unterschutzstellung einen monatelangen Streit zwischen den Verbänden, Vereinen, einzelnen Anwohnern und der zuständigen Senatsverwaltung. Nach einem Protestschreiben durch Bezirksbürgermeister Oliver Igel an Andreas Geisel, kündigte dieser eine erneute Prüfung der Dokumente an. Durch den Amtswechsel will nun die neue Umweltsenatorin eine Lösung finden, Naturschutz und Wassersport in Einklang zu bringen. Der Kompromiss plant das Natur- und Landschaftsschutzgebiet rund um den größten Berliner See deutlich kleiner zu planen. Somit wäre



eine weitere Nutzbarkeit für Wassersportler und Anrainer wohl möglich. Regatten durch Segler, Kanuten oder Ruderer sollen kein Problem darstellen. Individuelles Schwimmen, Schwimmwettkämpfe oder Ausbildung und Training von Schwimmerinnen oder wind- oder muskeltreibenden Booten wird zugelassen. Im Februar gab es nun eine

Veranstaltung von Vertretern der Verbände, Vereine und der neuen Umweltsenatorin Regine Günther (parteilos, für Grüne), um Bedenken aller Betroffenen weiterhin durch eine gemeinsame Kompromissfindung eindämmen zu wollen. 2015 berichtete der Spreekurier in einem Bericht ausführlich über die Situation die Europäische Wasserrahmen-

richtlinie WRRL in Berlin durch Teilflächensperrung des Müggelsees umzusetzen. Außer Frage stand, dass Gewässer grundsätzlich geschützt werden müssen und dennoch der Weg zum Umweltschutz verhandelbar sein muss. Denn: „Wassersport ist Erholung und Erholung ist nur möglich wo die Natur in Takt ist“ (Auszug Spreekurier März 2015.) Veranstaltungen in Naturschutzgebieten sind grundsätzlich nicht erlaubt. Zu den verbotenen Handlungen zählen auch Modellflugzeuge in den nicht ausgewiesenen Flächen fliegen zu lassen, was nichts Neues ist und üblich, in diesem Gebiet aber natürlich bei manchem ein ironisches Schmunzeln ins Gesicht zaubert. Bei der Zulassung von Steganlagen greift weiterhin das

übliche Genehmigungsverfahren. (Alle 10 Jahre) Voraussichtlich wird sich das Genehmigungsverfahren an der neuen Verordnung orientieren müssen. Dieser Punkt wird bei Stegbesitzern Besorgnis erregen. Bezirksbürgermeister Oliver Igel nahm an der Veranstaltung der neuen Umweltsenatorin als ein Vertreter des Bezirksamtes teil, um erneut deutlich zu machen, wie wichtig für den Bezirk und letztlich auch Berlin, dieses Naherholungsgebiet mit all der Vielfältigkeit der Natur und den Freizeitangeboten des Wassersports ist. Der Müggelsee als städtisches Gewässer mit Naherholungsfunktion braucht ein „gesundes“ Miteinander aller Betroffenen, ob Wassersportler, Röhricht, oder Wasservogel. Raum lassen – Erholung bieten – Natur schützen.

So war die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Ende Januar fasste die BVV wichtige Beschlüsse. Die Regattatribünen in Grünau befinden sich in einem Zustand, der die ganzjährige Nutzung nicht mehr möglich machen. Die Tribünen sind für den Ortsteil Grünau identitätsstiftend und beheimaten neben dem Wassersportmuseum, die DLRG und den Schützenverband Berlin-Brandenburg. Grünau ist die Wiege des deutschen Segelsports. Hier fand 1868 die erste Segelregatta überhaupt in Deutschland statt. Im Jahr 1899 wurde die erste feste Tribüne für Zuschauer erreicht, nachdem wie-

derholt mobile Tribünen errichtet wurden.

1935 wurde in Vorbereitung der olympischen Spiele 1936 die heutigen Regattatribünen für bis 9000 Gäste errichtet.

Im letzten Jahrzehnt konnten die anderen umliegenden Häuser, dank des Engagements von Bezirksbürgermeister Oliver Igel und Baustadtrat Rainer Hölmer, wieder in einen guten Zustand gebracht werden.

Die denkmalgeschützte Regattatribüne kann seit einem viertel Jahrhundert nicht mehr beheizt werden. Sie soll aber wieder ganzjährig und multifunktional genutzt werden können. Das Gesamtbau-

vorhaben hat ein Investitionsvorhaben 5,3 Mio. Euro. Dieses Geld soll zu gleichen Teilen aus dem Bundeshaushalt und dem Landeshaushalt finanziert werden. Die BVV bittet das Bezirksamt sich um Mittel von Landes- und Bundesebene zu bemühen um das Bauvorhaben schnell anzugehen.

Für die Köllnische-Vorstadt wurde angeregt, dass sich das dort ansässige Familienzentrum „Kiezspindel“ um Mittel zur Förderung für Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften des Landes bewirbt.

Gefördert werden können daraus Maßnahmen zur Verbesserung des öf-

fentlichen Raumes in Eigenleistung z.B. Farben für Renovierungen, Pflanzungen oder Maßnahmen für eine saubere Stadt. Davon profitieren können Schule, Kitas, Begegnungsstätten und Nachbarschaftsheimen, Seniorenfreizeiteinrichtungen, Sportanlagen und Grünflächen aber auch Straßen und Plätze. Die Menschen aus der Nachbarschaft haben dabei eine enorm wichtige Rolle. Sie können Vorschläge und Projekte einbringen und sind auch darum gebeten diese mitzumsetzen.

In Treptow-Köpenick leben bei 250.000 Einwohnerinnen und Einwohner rund 2.000 geflüchtete Menschen. Zur schnellen

Förderung der Integration ins Bezirksleben hat die BVV beschlossen, dass sich der Bezirk um mehr IntegrationslotsInnen bemühen soll. IntegrationslotsInnen haben selbst einen Migrationshintergrund und die Aufgabe bei Behörden gängen zu beraten und dabei zu unterstützen sich im Alltag schnell zurecht zu finden und möglichst schnell ins Berufsleben zu finden.

Für große Aufregung sorgten die Personalvorschläge der AfD zu den Bürgerdeputierten (fachkundige BürgerInnen) in den Ausschüssen der BVV. Unter diesen waren KandidatInnen, die unwählbar sind. Beispielsweise will

die AfD Menschen in den Integrationsausschuss entsenden, die rechtsoffene Antiflüchtlingsdemonstrationen organisiert haben, Menschen die stark mit der NPD sympathisieren und sich auch öffentlich rassistisch äußern. Dieses „Personalangebot“ zeigt, dass auch die AfD in Treptow-Köpenick eine Haltung hat, die menschenverachtend ist. Durch inhaltliche Arbeit ist die AfD zumindest nicht in Erscheinung getreten. Das alternative Angebot besteht bislang in einer Rechtsabwiegenspur in Schöneweide und der Bitte um Veränderung eines kleinen Teils des Internetauftrittes des Bezirksamtes.

Bibliotheken und der Weg in die Digitalisierung

Bibliotheken – von den „Lese- und Studierstuben“ des Industriezeitalters haben sie sich längst auf den Weg zu Wissens-, Kultur- und Erlebnisorten gemacht. Neben der klassischen Buchrecherche gibt es eine Vielzahl von analogen und digitalen Nutzungsmöglichkeiten und in den modernen Bauten wird schon lange nicht mehr jeder Quadratmeter für Bücherregale genutzt. Die Räume sind luftiger, offen, verfügen über Recherche-, Lese- und Komfortzonen und die Architektur moderner Bibliotheken erinnert zuweilen mehr an große Eventlocations als an gediegene Leseräume. Hinter dem Wandel steckt auch der Anspruch, mit der rasanten Entwicklung der Wissensgesellschaft mitzuhalten. Die Möglichkeiten des Zugriffs auf Informationen wachsen beinahe täglich und der Zug der Digitalisierung schreitet unaufhaltsam fort. Der vormalige Anspruch der Bibliotheken, Menschen aller Schichten und Altersgruppen einen



Die Mittelpunktbibliothek Treptow in Schöneweide

Zugang zu Information und Bildung zu verschaffen, wurde längst erweitert. Und das bringt Bibliotheken unter Druck. Hier Schritt zu halten, ist für Länder und Kommunen mit großen Herausforderungen verbunden. Oft erweisen sich Haushaltsdisziplin und Pfadabhängigkeiten als begrenzte Faktoren bei der schnellen Anpassung an die Bedürfnisse einer digitalisierten Welt. Und neben der neuen hippen und wissensemanzipierten Gesellschaft hat kommunale Daseinsvorsor-

ge auch die Menschen im Auge zu haben, die sich nach wie vor gerne und ganz körperlich auf den Weg in ihre Bibliothek machen, um Bücher vor Ort zu entleihen. In Treptow-Köpenick wurde mit einem neuen von uns unterstützten Konzept ein Weg eingeschlagen, der beides im Blick hat: verträgliche Wege, klassische Lesewünsche und die digitalisierte Welt. Sie finden in unserem Bezirk zwei große Mittelpunktbibliotheken, vier Stadtteilbibliotheken und eine Fahrbibliothek, die

bald um einen weiteren Bus verstärkt, unseren großen Bezirk mit dem versorgt, was NutzerInnen sich wünschen. Bücher, Hörbücher, Musik-CDs, Spielfilme auf DVD und Blu-Ray, Zeitungen und Zeitschriften, Spiele und sogar Noten gehören dazu. An den Standorten finden Sie darüber hinaus Internetarbeitsplätze, Scan- und Kopiermöglichkeiten und viele PCs zur Vor-Ort-Recherche. In den prämierten neuen Bauten der Mittelpunktbibliotheken Köpenick und Treptow erwarten die NutzerInnen moderne, gut ausgestattete Lese- und Begegnungsräume mit kulturellen Begleitprogrammen. Darüber hinaus können sich BesucherInnen in der Stefan-Heym-Bibliothek in einer Dauerausstellung über Leben und Werk des berühmten Autors informieren und auch an anderen Standorten finden regelmäßig Lesungen statt. Alle Bibliotheken in Treptow-Köpenick befinden sich auf dem Weg der Digitalisie-

rung. So lassen sich Kinderbücher mit der TigerBooks App auch mobil erleben und das Angebot von eBooks, eAudios, eVideos und eLearningangeboten ist im Verbundsystem des voebb (www.voebb.de) für alle Mitglieder der Bibliothek erreichbar.

Unsere Bibliotheken haben also viel zu bieten und stehen dennoch unter großem Druck. Ohne eine deutliche Steigerung der Nutzerzahlen können insbesondere die Stadtteilbibliotheken langfristig nicht überleben. Und dieser einfache wie drastische Zusammenhang erschließt sich leicht: Räume, Personal und Medien verursachen hohe Kosten und müssen sich an Nutzerzahlen messen lassen. Ist das Verhältnis schief, geraten auch die Bibliotheken ins Wanken. Wir möchten Sie daher auf die vielfältigen und guten Angebote Ihrer Bibliotheken in Treptow-Köpenick aufmerksam machen. Nutzen Sie Ihre Bibliotheken!

Werden Sie LeserInnen und besuchen Sie die Lesungen und Kulturveranstaltungen! Es lohnt sich – und ist für die Bibliotheken eine große Unterstützung! Adressen und Öffnungszeiten finden Sie unter: berlin.de/stadtbibliothek-treptow-koepenick

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion in der BVV
Treptow-Köpenick
Neue Krugallee 4
12435 Berlin

Kontakt:
buero@spd-fraktion-tk.de
www.spd-fraktion-tk.de

V.i.S.d.P.:
Alexander Freier-Winterwerb
(Fraktionsvorsitzender)

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:
D. Wolff, A. Freier-Winterwerb, U. Walker, E. Haußdörfer, A. Rostalski, G. Schmitz, A. Träsnea

KURZMELDUNGEN

BEIRAT FÜR NATUR-SCHUTZ UND LANDSCHAFTSPFLEGE

In Kürze soll in Treptow-Köpenick ein Beirat für Naturschutz und Landschaftspflege eingerichtet werden. In ihm sollen neben Vertretern aus Verwaltung und Politik auch gemeinnützig arbeitende Organisationen, wie der BUND, NABU und die Naturfreunde Berlin vertreten sein. Die Initiative zur Gründung des Beirats hatte Rainer Hölmer (SPD), der bis Ende Oktober als Stadtrat u.a. für die Ämter Umwelt und Natur zuständig war. Auf der zweiten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung wurde Beiratsgründung bestätigt. Dunja Wolff, die Vertreterin der SPD-Fraktion, erläutert die Aufgaben: „Der ehrenamtlich arbeitende Beirat soll Multiplikator zwischen Verwaltung, Öffentlichkeit, BürgerInnen und anderen Akteuren sein, den Naturschutz und die Vielfalt unserer Landschaft als wichtiges Anliegen zu verbreiten.“ „Im grünen Berliner Bezirk mit wertvollen Naturräumen kann sich der Beirat vielen Aufgaben widmen. Da in unserer Region viel gebaut wird, hat sich inzwischen fast eine Mio. Euro an Ausgleichsabgaben angesammelt, die zweckgebunden für den Umwelt- und Naturschutz ausgegeben werden müssen. Der Beirat könnte hierzu Anregungen geben“ schlägt Gabriele Schmitz, stv. Beiratsmitglied der SPD-Fraktion, vor. In dem Beirat werden 18 Mitglieder arbeiten.

SANIERUNGSARBEITEN AN DER SPORTHALLE MERLITZSTRASSE BEGINNEN

Nachdem im vergangenen Jahr die Rückgabe der Sporthalle an den Bezirk erfolgte, kam es im Anschluss zu einer detaillierten Aufstellung aller Bauleistungen. Die notwendigen Finanzmittel zur Bewirtschaftung wurden beantragt und zwischenzeitlich bereitgestellt.

Damit können die Sanierungsarbeiten beginnen für die insgesamt ca. dreieinhalb Monate vorgesehen sind. Die Arbeiten beinhalten die Grob- sowie Grundreinigung der Halle, aber auch Fliesenarbeiten, Malerarbeiten oder Arbeiten an Fenstern und an der Fassade.

Nach aktueller Bauplanung ist davon auszugehen, dass die Sporthalle Merlitzstraße 16 in Adlershof im Mai 2017 wieder zur Nutzung übergeben werden kann.

BENN für Altglienicke und das Allende-Viertel

Altglienicke und das Allende-Viertel können sich freuen, als zwei Standorte für das Integrationsmanagement BENN „Berlin entwickelt neue Nachbarschaften“ ausgewählt worden zu sein.

An insgesamt 11 Standorten in Berlin können nun der Integration dienliche soziale

Infrastruktur sowie Grün- und Sportflächen im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften saniert werden.

Die Aufnahme des Allende-Viertels steht deshalb auch in Anerkennung der vielen ehrenamtlichen Arbeit, die vor Ort in zwei Bürgervereinen geleistet wird.

In Altglienicke dient BENN auch der Begegnung mit der Unsicherheit, die durch die Eröffnung der beiden Unterkünfte für Asylsuchende im Sommer letzten Jahres entstanden ist. Hier wird das Quartiersmanagement-Team verstärkt und hat den Auftrag, die Akteure vor

Ort in ihrem Engagement zu unterstützen und neue Kooperationen aufzubauen.

Im Rahmen des Projektauftrages „Investitionspakt soziale Integration im Quartier“ hat Treptow-Köpenick eine Förderzusage in Höhe von 1,4 Mio. Euro für Jugendprojekte erhalten. Dazu Ellen

Haußdörfer: „Als Sprecherin für die Soziale Stadt freue ich mich ganz besonders, dass es gelungen ist, anerkannte Projekte weiter zu fördern und für Altglienicke neue Impulse zu setzen, damit neue Nachbarschaften durch die Integration geflüchteter Menschen entstehen.“

Zahl der Wohnungsgenehmigungen im Jahr 2016 weiterhin auf hohem Niveau in Treptow-Köpenick

Bezirk erneut unter den Spitzenplätzen in Berlin

Die Zahl der genehmigten Wohneinheiten ist im Vergleich zum Vorjahr in Treptow-Köpenick weiterhin auf einem hohen Niveau. So wurden 2016 3.683 Wohnungen durch das Stadtentwicklungsamt Treptow-Köpenick genehmigt. Im Vorjahr lag diese Zahl bei insgesamt 3.953 Wohnungen. Auch die Zahl der Baugenehmigungen ist gegenüber 647 im Vorjahr annähernd gleichbleibend hoch mit 629 Baugenehmigungen im Jahr 2016.

Darunter sind Bauvorhaben der städtischen Wohnungsbaugenossenschaften, wie zum Beispiel der Woh-



nungsbaugesellschaft GWG „Berliner Bär“ in der Stillerzeile 123. Hier entsteht ein neues Wohnquartier mit 50 Wohnungen und einem

kleinen Lebensmittelmarkt. Auch Ortsteile, die bisher nicht im Fokus standen, erhalten neuen Wohnraum, beispielhaft sei hier das Vor-

haben der Degewo in der Wendenschlossstraße 128 genannt. Es sollen insgesamt 172 Wohnungen, davon 43 barrierefrei realisiert werden. Dazu kommen noch weitere Bauprojekte, auch privater Bauherren, die bereits genehmigt sind und in 2017 umgesetzt werden können. Oftmals in Kombination mit benötigten Infrastrukturleistungen, wie Kinderspielflächen und Kindertagesstätten.

Der Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und öffentliche Ordnung, Rainer Hölmer sagt hierzu: „Die Attraktivität des Bezirks Treptow-Köpenick ist unge-

brochen, dies ist auch an den konstant hohen Zahlen von Bauanträgen und Baugenehmigungen ablesbar. Wir arbeiten weiter mit Hochdruck daran, dass die Infrastruktur mit dieser Entwicklung Schritt hält.

Der Bezirk Treptow-Köpenick verfügt derzeit noch über ein umfangreiches Potential an Wohnbauflächen für viele verschiedene Zielgruppen, von innerstädtischem Wohnen über Einfamilienhäuser bis hin zu hochattraktiven Wasserlagen. Insgesamt könnten bis 2030 ca. 28.000 neue Wohnungen entstehen.

Zur Aktualität des Feminismus im 21. Jahrhundert

Feminismus – was bedeutet das heutzutage noch? Haben wir nicht längst den Sprung zu einer gleichgestellten und geschlechtergerechten Gesellschaft geschafft? Wozu noch die Aufregung? Laut der Verfassungsnorm von 1949 sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Die Realität zeigt jedoch deutlich, dass Frauen und Männer weiterhin nicht tatsächlich gleichgestellt sind. Bis heute besteht eine signifikante Entgeltkluft zwischen Frauen und Männern, die 2015 allein bei 21% lag. Trotz gleichwertiger Qualifikation sind kaum Frauen in Führungspositionen. Stattdessen übernehmen sie überwiegend die Erziehungs-, Pflege- und Sor-



gearbeit im Haushalt und in der Gesellschaft, dies für einen schlechten oder gar keinen Lohn. Ebenso sind Frauen überwiegend in Teilzeit oder in Minijobs beschäftigt und somit stärker als Männer von

Armut bedroht. Auch gilt immer noch das Familienmodell Mutter, Vater, Kind als gesellschaftliches Ideal, in dem Frau zu funktionieren hat. Diese Ungerechtigkeit hat keine natürliche nicht veränder-

bare Gründe, sondern es ist eine Frage von strukturellen Geschlechterverhältnissen und Machtverteilung innerhalb der Gesellschaft. Feminismus im 21. Jahrhundert heißt daher gleiche Rechte für alle und ein gutes Leben für alle. Angesichts des national-konservativen Backlash, der durch Deutschland, Europa und neuerdings durch die USA geht und wodurch Frauenrechte immer wieder von neuem angegriffen werden, bedeutet Feminismus gleichzeitig auch Widerstand leisten. Das bereits Er kämpfte wird immer wieder durch Antifeminismus, Kampf gegen Gleichstellung und Rassismus sowie Versuche der Retraditionalisierung der

Vorstellungen von Familie, Geschlechterbildern und Lebensentwürfen bedroht. In diesem Sinne ist es unbedingt notwendig, dass wir gemeinsam für die Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Geschlechter einstehen und uns einsetzen bis der Wandel zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft real vollbracht ist.

Hinweis zur bundesweiten Demonstration des Frauen*kampftagsbündnis zum Weltfrauen*tag in Berlin: Mittwoch, den 8. März 2017 Demonstrationmotto „Feminismus heißt Widerstand“ Berlin | Hermannplatz | Auftakt: 17.00 Uhr | Demo: 18.00 Uhr

Neues vom Projekt „InteraXion“

Das Projekt InteraXion ist ein Willkommensbüro für Neuankommende in Treptow-Köpenick. InteraXion bietet eine Erst- und Verweisberatung in Fragen an, die sich aus dem Alltag und den Herausforderungen von MigrantInnen und geflüchteten Menschen ergeben. Der inhaltliche Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Wohnungssuche. Zudem unterstützt InteraXion in sozial- und asylrechtli-

chen Fragen und der Integration in den Arbeitsmarkt sowie Ausbildung. Dabei vermittelt es an kompetente AnsprechpartnerInnen. Neben der Beratung organisiert das Projekt Workshops zu Themen wie Empowerment und Selbstorganisation. In Kooperation mit anderen Vereinen und Initiativen organisiert InteraXion darüber hinaus verschiedene andere Veranstaltungsformate.

Neue Webseite

Mit dem 14.02.2017 hat das Projekt InteraXion, in der Trägerschaft von offensiv'91 e.V., eine eigene Webseite. Diese ist über www.interaxion-tk.de aufrufbar und vorerst in Deutsch, Arabisch und Persisch verfügbar. Wichtige Beiträge werden in regelmäßigen Abständen ebenso auf Englisch übersetzt. Neben einer Projektbeschreibung, den Kontaktdaten und Ver-

weisen zu anderen Projekten des Trägers, wie dem Zentrum für Demokratie und den bezirklichen IntegrationslotsInnen, finden sich auf der Webseite Blogbeiträge zu den Kategorien Wohnraum, Sozial- und Asylrecht, Ausbildung Arbeitsmarktintegration. InteraXion lädt zu verschiedenen Themen ebenso Handreichungen hoch. Diese sind bei den Dokumenten abgespeichert und als PDF

herunterzuladen. Mit der Webseite erhofft sich das Projekt, sowohl MigrantInnen und geflüchtete Menschen als auch hauptwie ehrenamtliche UnterstützerInnen zu erreichen. Anregungen, Hinweise und Ideen bitte sehr gerne jederzeit an interaxion@offensiv91.de.

Besucheradresse: Villa offensiv, Hasselwerder Str. 38-40, 12439 Berlin, Beratungsraum im Erdgeschoss